

Seien wir ehrlich – die Energiewende ist am Ende

Von Christian A. Conrad

Stand: 09:11 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Kraftwerk in Jänschwalde, Brandenburg

Quelle: Getty Images/fhm

Es an der Zeit, eine schonungslose Bilanz zu ziehen: Deutschlands Alleingang bei der CO₂-Reduktion ist gescheitert. Der Industriestandort geht an dieser Politik zugrunde. Und es bleibt nicht viel Zeit, um umzusteuern.

🔊 Artikel anhören



-6:17

1.0x

Die Ergebnisse der 30. UN-Klimakonferenz in Belém im letzten Jahr waren ernüchternd (<https://www.welt.de/debatte/plus690fcfb10580923d0998bb36/un-klimakonferenz-die-duemmste-klimapolitik-der-welt-und-ihre-katastrophalen-folgen.html>). Ein Fahrplan zum Ausstieg aus den fossilen Energien konnte nicht beschlossen werden. Zwar hat sich das Wachstumstempo etwas verlangsamt, aber laut dem Global Carbon Budget Report 2025 erreichten die weltweiten CO₂-Emissionen ein neues Rekordhoch. Trotz jahrzehntelanger Bemühungen bleibt das Ziel, die Erderwärmung zu stoppen, in weiter Ferne.

Bereits 2015 verpflichteten sich auf dem Weltklimagipfel in Paris 195 Staaten, den Temperaturanstieg durch Klimapolitik auf höchstens 1,5 Grad zu begrenzen. Doch ähnlich wie beim Kyoto-Protokoll blieben auch diese Zusagen weitgehend folgenlos.

Die USA sind inzwischen schon zum zweiten Mal unter Donald Trump aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen. China investiert zwar massiv in erneuerbare Energien, setzt gleichzeitig aber weiterhin auf Kohlekraft (<https://www.welt.de/debatte/plus69a6a8962ecb6a0d6559ea27/angeblich-klimafreundlich-chinas-energiewende-bluff.html>) und will seine Emissionen erst bis 2035 um nur sieben Prozent senken. Und selbst, wenn alle Länder ihre derzeitigen Klimaziele vollständig einhalten würden, würde sich die Erde bis zum Ende des Jahrhunderts dennoch um 2,3 bis 2,5 Grad erwärmen.

Warum schafft es die Weltgemeinschaft nicht, das Klimaproblem zu lösen? Anders als auf nationaler Ebene gibt es keine Weltregierung, die Umweltverschmutzung wirksam sanktionieren kann. Entsprechend fehlt es bis heute an einem globalen Klimaabkommen, das bei Nichteinhalten der vereinbarten Klimaziele Strafen vorsieht. Dabei würde eine Reduktion der weltweiten CO₂-Emissionen als öffentliches Gut allen zugutekommen, allerdings unabhängig davon, welche Staaten die Kosten der Emissionsminderung tatsächlich tragen. Für jeden einzelnen Staat entsteht daraus ein starker Anreiz, auf die Anstrengungen anderer zu setzen und eigene Kosten zu vermeiden. Umgekehrt scheut jedes Land davor zurück, allein voranzugehen: Es müsste die wirtschaftlichen Lasten schultern, ohne sicher sein zu können, dass sich das Weltklima spürbar verbessert. Die Volkswirtschaftslehre spricht von einem Gefangenendilemma.

Deutschland will hier als moralisches Vorbild einseitig in Vorleistung gehen und sogar fünf Jahre früher als die anderen EU-Staaten 2045 klimaneutral werden. Damit gefährdet es aber seine eigene Wettbewerbsfähigkeit. Nach Schätzungen des Handelsblatt Research Institute könnte es Deutschland rund 1,1 Billionen Euro kosten, bis zum Jahr 2045 die gesetzlich festgelegte Klimaneutralität zu erreichen. Allein bis 2041 sind beispielsweise 23 Milliarden Euro an Subventionen vorgesehen, um die Stahlproduktion auf Wasserstoffbasis (sogenannter „grüner Stahl“) umzustellen.

Politisch wird dies als notwendige Klimarettung verkauft. Doch die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (Irena) schätzt den weltweiten Investitionsbedarf auf mehr als 5 Billionen US-Dollar pro Jahr – das entspricht über fünf Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts –, um den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 40 Prozent zu steigern und so das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass ein solch gewaltiges finanzielles Engagement weltweit politisch nicht durchsetzbar ist.

Dabei gibt es kostengünstigere Alternativen. Während Deutschland weiter über seine Haltung zur Atomkraft ringt, setzt China längst auf Ausbau. Mit einem ehrgeizigen Programm treibt das Land die Kernenergie massiv voran (<https://www.welt.de/debatte/plus69b11eb564d1f5a2cd519906/atomausstieg-friedrich-merz-erklaert-die-ohnmacht-zur-staatsraeson.html#Comments>) . Und die EU-Kommission hat Atomstrom als grüne Alternative definiert. Auch die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) sieht in der Atomkraft einen entscheidenden Baustein, um die internationalen Klimaziele überhaupt erreichen zu können. Auf der vorletzten Weltklimakonferenz in Dubai kündigten 22 Staaten an, ihre Atomkapazitäten bis 2050 verdreifachen zu wollen. Neue Reaktortypen der Generationen III und IV sind sicherer, effizienter und sollen langfristig weniger Abfall produzieren. Sogar EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen setzt inzwischen auf kleine modulare Reaktoren (https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article69aff83657926db5829265e0/eu-setzt-auf-mini-akw-deutschland-bleibt-skeptisch.html) – sogenannte Mini-AKW. Doch Deutschland bleibt skeptisch.

Sicher mahnen die Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl noch immer eindringlich, welche Risiken in der Atomtechnologie stecken. Aber Tschernobyl hat auch gezeigt, dass ein nationaler Ausstieg allein nichts bringt, wenn in den Nachbarländern weiterhin veraltete oder unsichere Reaktoren laufen. Statt an einem generellen Ausschluss der Atomenergie festzuhalten, sollte sich Deutschland deshalb stärker für strenge internationale Sicherheitsstandards und deren konsequente Kontrolle einsetzen.

Global wäre eine einheitliche CO₂-Steuer unerlässlich, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Dadurch würde der Druck, einen festen Termin für den Ausstieg aus Verbrennungsmotoren oder fossilen Energien festzulegen, entfallen. Stattdessen könnten die Marktkräfte Lösungen entwickeln, um die Steuerbelastung zu minimieren und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Bisher haben jedoch schätzungsweise nur 46 Länder eine CO₂-Besteuerung eingeführt. Sollte sich abzeichnen, dass eine weltweite Besteuerung unrealistisch ist, müssten diese Länder die Maßnahmen wieder rückgängig machen, um ihre Arbeitsplätze zu schützen.

Nach 30 Klimagipfeln ist es an der Zeit, eine ehrliche Bilanz zu ziehen: Die globale CO₂-Reduktion ist gescheitert. Zudem ist nicht vollständig auszuschließen, dass der Klimawandel überwiegend natürlichen Ursachen geschuldet ist. Hinzu kommt, dass sich Deutschland angesichts der hohen Neuverschuldung eine teure Klimapolitik nicht mehr leisten kann. Jedoch könnten die 100 Milliarden Euro, die im Zuge der politischen Einigung zur Lockerung der „Schuldenbremse“ für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen wurden, in den Aufbau neuer Kernkraftwerke fließen, die günstigen, grundstromfähigen und CO₂-armen Strom erzeugen.

Selbst staatliche Subventionen für Industriestrom müssen von jemandem wettbewerbsfähig in Deutschland erwirtschaftet werden. Mit einer höheren Verschuldung kann Deutschland daher den Wettbewerbsnachteil bei Strom nur kurzfristig ausgleichen, zumal auch Deutschlands technologische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten wie China schwächer geworden ist. Einer Umfrage von Deloitte und dem Bundesverband der Deutschen Industrie zufolge erwägen 68 Prozent der Unternehmen (<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/bdi-zwei-von-drei-industriefirmen-wollen-produktion-verlagern-01/100178595.html>) , Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern. Es bleibt daher nicht viel Zeit, um umzusteuern, um den deutschen Industriestandort zu erhalten.

Prof. Dr. Christian A. Conrad lehrt Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes.

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2026

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>